

# The Petition of Right 1627

## (3 Cha. I c. 1)

Aus dem Englischen übertragen von Ralph Glücksmann

Das Gesuch, seiner Majestät unterbreitet von den in diesem gegenwärtigen Parlament versammelten geistlichen und weltlichen Lords und Bürgerlichen, betreffend verschiedene Rechte und Freiheiten der Untertanen, mit der königlichen Antwort seiner Königlichen Majestät hierauf vor dem vollzähligen Parlament.

An des Königs Allerhöchste Majestät.

Untertänigst weisen wir, die im Parlament versammelten geistlichen und weltlichen Lords und Bürgerlichen, unseren obersten Herrn, den König, darauf hin, dass durch ein in der Regierungszeit des Königs Eduard I. erlassenes und gemeinhin *Statutum de tallagio non concedendo* genanntes Gesetz verkündet und verfügt worden ist, dass in diesem Königreich die in dem vorerwähnten Gesetz genannte Steuer [*tallage* war eine Landnutzungssteuer der Krone] oder eine Beihilfe durch den König oder seine Erben nicht ohne die Einwilligung und Zustimmung der Erzbischöfe, Bischöfe, Grafen, Barone, Ritter, Bürger und anderen freien Männer der Gemeinschaft dieses Reiches auferlegt oder erhoben werden soll; und durch die Autorität des Parlaments, das im 25. Regierungsjahr des Königs Eduard III. tagte, ist verkündet und verfügt worden, dass in Zukunft niemand gezwungen werden soll, gegen seinen Willen dem König irgendwelche Darlehen zu gewähren, weil solche Darlehen der Vernunft und dem Alleinverfügungsrecht über das Land widersprechen; und durch andere Gesetze dieses Reiches ist vorgeschrieben worden, dass niemand mit einer Abgabe oder Steuer oder ähnlichen Erhebung belastet werden soll, die eine freiwillige Gabe genannt wird; durch diese vorerwähnten Gesetze und andere gute Gesetze dieses Reiches haben Eure Untertanen die Freiheit geerbt, dass sie nicht verpflichtet werden können, irgendeine Abgabe, Steuer, Beihilfe oder ähnliche Erhebung zu erbringen, die nicht mit allgemeiner Zustimmung im Parlament festgesetzt worden ist.

II. Dennoch sind kürzlich verschiedene Aufträge gerichtet an diverse Kommissare in mehreren Grafschaften mit Weisungen erteilt worden, auf deren Grundlage sie Eure Untertanen an verschiedenen Orten versammelt und von ihnen verlangt haben, Eurer Majestät bestimmte Geldsummen zu leihen, und vielen von ihnen wurde auf ihre Weigerung hin entgegen den Gesetzen dieses Königreiches ein Eid abverlangt und die Verpflichtung auferlegt, vor Eurem Kronrat und an anderen Orten zu erscheinen und sich zu verantworten, und andere sind deshalb inhaftiert, festgehalten und auf diverse andere Weise gestört und beunruhigt worden; und in mehreren Grafschaften sind Euren Untertanen entgegen den Gesetzen und freien Gewohnheitsrechten dieses Königreiches von Lordleutnants, stellvertretenden Lordleutnants, Musterkommissaren, Friedensrichtern und anderen auf Befehl oder Anweisung Eurer Majestät oder Eures Kronrates verschiedene andere Abgaben auferlegt worden.

III. Und es ist auch durch das Gesetz, welches der Große Freibrief von England [Magna Carta 1215] genannt wird, verkündet und verfügt worden, dass kein freier Mann ergriffen oder inhaftiert oder seines freien Besitzes oder seiner Freiheiten oder seiner freien Gewohnheitsrechte beraubt oder geächtet oder verbannt oder auf irgendeine andere Weise vernichtet werden darf, außer durch ein rechtmäßiges Urteil seiner Standesgenossen oder durch das Recht des Landes.

IV. Und im 28. Regierungsjahr des Königs Eduard III. ist durch die Autorität des Parlaments verkündet und verfügt worden, dass niemand, von welchem Stand oder Rang er auch sei, von seinem Land oder Wohnbesitz vertrieben oder ergriffen oder inhaftiert oder enterbt oder mit dem Tode bestraft werden darf, ohne die Möglichkeit zu erhalten, sich in einem ordnungsgemäßen Gerichtsverfahren zu verantworten.

V. Dennoch sind kürzlich entgegen dem Wortlaut der besagten Gesetze und anderer zu diesem Zwecke geschaffener guter Gesetze dieses Königreiches verschiedene Eurer Untertanen ohne erkennbaren Grund inhaftiert worden; und wenn sie durch die Habeas-Corpus-Erlasse Ihrer Majestät zu ihrer Freilassung vor Eure Richter gebracht wurden, um sich dort dem Urteil des Gerichtes zu unterwerfen, und ihren Aufsehern befohlen wurde, die Haftgründe zu bestätigen, so wurden keine Gründe genannt, sondern lediglich erklärt, dass sie aufgrund Eurer Majestät besonderen Befehl hin, angedeutet von den Lords Eures Kronrates, inhaftiert worden seien; und sie wurden dann zu den verschiedenen Gefängnissen zurückgebracht, ohne dass irgendeine Anklage gegen sie erhoben worden wäre, gegen die sie sich entsprechend den Gesetzen hätten verteidigen können.

VI. Indessen haben sich kürzlich große Einheiten von Soldaten und Matrosen über verschiedene Grafschaften des Königreiches verteilt und die Einwohner gegen ihren Willen gezwungen, sie in ihre Häuser aufzunehmen und dort ihren Aufenthalt zu dulden, gegen die Gesetze und Gewohnheitsrechte dieses Königreiches und zum großen Kummer und Ärger des Volkes.

VII. Indessen ist auch durch die Autorität des Parlaments im 25. Regierungsjahr des Königs Eduard III. verkündet und verfügt worden, dass niemand gegen die Vorschriften des Großen Freibriefes und des Landesrechtes an Leib oder Leben bestraft werden darf; und durch den Großen Freibrief und die anderen Gesetze dieses Königreiches soll niemand zum Tode verurteilt werden, außer durch die in unserem Königreich bestehenden Gesetze, sei es durch gewohnheitsrechtliche Gesetze dieses Königreiches oder durch Gesetze des Parlaments; und kein Straftäter welcher Art auch immer wird von den angewendeten Verfahren und den durch die Gesetze dieses Königreiches auferlegten Bestrafungen ausgenommen; indessen sind kürzlich verschiedene Aufträge unter dem großen Siegel Eurer Majestät erteilt, nach denen gewisse Personen zu Kommissaren bestimmt und ernannt worden sind, mit der Befugnis und Autorität, in diesem Land gegen Soldaten oder Matrosen oder andere liederliche Personen nach Kriegerrecht vorzugehen, falls diese Mord, Raub, Schwerverbrechen, Meuterei oder andere Gewalttaten oder Vergehen begehen, und zwar in summarischem Verfahren, wie es nach Kriegerrecht annehmbar und in Kriegszeiten in den Armeen üblich ist, um solche Straftäter zu verhören, zu verurteilen und die Hinrichtung dem Kriegerrecht entsprechend zu veranlassen.

VIII. Unter diesem Vorwand sind einige Untertanen Eurer Majestät von einigen Kommissaren hingerichtet worden, welche, wenn sie aufgrund der Gesetze des Landes den Tod verdient hätten, auch nur nach denselben Gesetzen und nach keinen anderen hätten verurteilt und hingerichtet werden müssen.

IX. Und es haben sich auch diverse schwere Straftäter unter Berufung auf solche Ausnahmen den ihnen nach den Gesetzen dieses Königreiches gebührenden Bestrafungen entzogen, weil verschiedene Eurer Beamten und Justizbediensteten sich unrechtmäßig geweigert oder es unterlassen haben, nach eben diesen Gesetzen gegen solche Straftäter einzuschreiten, und zwar unter dem Vorwand, dass die besagten Straftäter nur nach Kriegerrecht und der Autorität der vorerwähnten Aufträge bestraft werden könnten; diese Aufträge wie auch alle anderen ähnlicher Natur stehen in völligem und direktem Widerspruch zu den besagten Gesetzen dieses Königreiches.

Deshalb ersuchen wir Eure Allerschönste Majestät untertänigst, dass in Zukunft niemand mehr gezwungen wird, irgendein Geschenk, Darlehen, eine freiwillige Gabe, Steuer oder ähnliche Erhebung zu erbringen ohne die allgemeine Zustimmung durch ein Gesetz des Parlaments; und dass aus diesem Anlass niemand aufgefordert werden soll, sich zu rechtfertigen oder einen Eid abzuleisten oder einer Vorladung zu folgen, oder beeinträchtigt oder auf andere Weise gestört oder beunruhigt wird; und dass kein freier Mann in der vorerwähnten Weise inhaftiert oder festgehalten werden soll; und dass es Eurer Majestät gefallen möge, die erwähnten Soldaten und Matrosen zu entlassen, und dass Euer Volk in Zukunft nicht so belastet wird; und dass die vorerwähnten Aufträge, nach Kriegerrecht zu verfahren, widerrufen und für ungültig

erklärt werden; und dass von nun an keine Aufträge ähnlicher Natur erteilt werden, um irgendeine Person in der vorerwähnten Weise hinzurichten, damit nicht unter Berufung darauf ein Untertan Eurer Majestät entgegen den Gesetzen und Freiheiten des Landes zugrunde gerichtet oder hingerichtet wird.

Um all dies ersuchen wir Eure Allerhöchste Majestät untertänigst als unsere Rechte und Freiheiten entsprechend den Gesetzen dieses Königreichs; und dass Eure Majestät auch geruhen wolle zu verkünden, dass die Entscheidungen, Handlungen und Verfahren, welche zum Nachteil Eures Volkes in einigen der erwähnten Fälle vorgekommen sind, in Zukunft nicht als Ergebnis oder Beispiel herangezogen werden dürfen; und dass es Eurer Majestät auch gnädiglich gefallen möge, zum Wohle und zur Sicherheit Eures Volkes Euren königlichen Wunsch und Willen zu verkünden, dass Eure Beamten und Bediensteten Euch in den vorgenannten Dingen entsprechend den Gesetzen dieses Königreiches dienen, wie es die Ehre Eurer Majestät und das Wohlergehen dieses Königreiches gebietet.

Nachdem diese Petition verlesen und ihrem vollen Inhalte nach vernommen worden ist, wurde von dem Herrn König vor dem versammeltem Parlament die folgende Antwort erteilt: Es geschehe Recht, wie es gewünscht ist.

## **The Petition of Right 1627** **(3 Cha. I c. 1)**

Englischer Originaltext

The Petition exhibited to his Majesty by the Lords Spiritual and Temporal, and Commons, in this present Parliament assembled, concerning divers Rights and Liberties of the Subjects, with the King's Majesty's royal answer thereunto in full Parliament.

To the King's most excellent majesty.

HUMBLY shew unto our sovereign lord the King, the lords spiritual and temporal, and commons in parliament assembled, That whereas it is declared and enacted by a statute made in the time of the reign of King Edward the First commonly called *Statutum de tallagio non concedendo*, That no tallage or aid shall be laid or levied by the King or his heirs in this realm, without the good will and assent of the archbishops, bishops, earls, barons, knights, burgesses, and other the freemen of the commonalty of this realm; and by authority of parliament holden in the five and twentieth year of the reign of King Edward the Third, it is declared and enacted, That from thenceforth no person should be compelled to make any loans to the King against his will, because such loans were against reason and the franchise of the land; and by other laws of this realm it is provided, That none should be charged by any charge or imposition called a benevolence, nor by such like charge: by which the statutes before mentioned, and other the good laws and statutes of this realm, your subjects have inherited this freedom, That they should not be compelled to contribute to any tax, tallage, aid or other like charge not set by common consent in parliament.

II. Yet nevertheless, of late divers commissions directed to sundry commissioners in several counties, with instructions, have issued; by means whereof your people have been in divers places assembled, and required to lend certain sums of money unto your Majesty, and many of them, upon their refusal so to do, have had an oath administred unto them not warrantable by the laws or statutes of this realm, and have been constrained to become bound to make appearance and give attendance before your privy council and in other places, and others of them have been therefore imprisoned, confined, and sundry other ways molested and

disquieted; and divers other charges have been laid and levied upon your people in several counties by lord lieutenants, deputy lieutenants, commissioners for musters, justices of peace and others, by command or direction from your Majesty, or your privy council, against the laws and free customs of the realm.

III. And where also by the statute called *The Great Charter of the Liberties of England*, it is declared and enacted, That no freeman may be taken or imprisoned, or be disseised of his freehold or liberties, or his free customs, or be outlawed or exiled, or in manner destroyed, but by the lawful judgment of his peers, or by the law of the land.

IV. And in the eight and twentieth year of the reign of King Edward the Third, it was declared and enacted by authority of parliament, That no man of what estate or condition that he be, should be put out of his land or tenements, nor taken, nor imprisoned, nor disherited, nor put to death without being brought to answer by due process of law.

V. Nevertheless against the tenor of the said statutes, and other the good laws and statutes of your realm to that end provided, divers of your subjects have of late been imprisoned without any cause shewed; and when for their deliverance they were brought before your justices by your Majesty's writs of habeas corpus, there to undergo and receive as the court should order, and their keepers commanded to certify the causes of their detainer, no cause was certified, but that they were detained by your Majesty's special command, signified by the lords of your privy council, and yet were returned back to several prisons, without being charged with any thing to which they might make answer according to the law.

VI. And whereas of late great companies of soldiers and mariners have been dispersed into divers counties of the realm, and the inhabitants against their wills have been compelled to receive them into their houses, and there to suffer them to sojourn, against the laws and customs of this realm, and to the great grievance and vexation of the people.

VII. And whereas also by authority of parliament, in the five and twentieth year of the reign of King Edward the Third, it is declared and enacted, That no man should be forejudged of life or limb against the form of the great charter and the law of the land; and by the said great charter and other the laws and statutes of this your realm, no man ought to be adjudged to death but by the laws established in this your realm, either by the customs of the same realm, or by acts of parliament: and whereas no offender of what kind soever is exempted from the proceedings to be used, and punishments to be inflicted by the laws and statutes of this your realm: nevertheless of late time divers commissions under your Majesty's great seal have issued forth, by which certain persons have been assigned and appointed commissioners with power and authority to proceed within the land, according to the justice of martial law, against such soldiers or mariners, or other dissolute persons joining with them, as should commit any murder, robbery, felony, mutiny or other outrage or misdemeanor whatsoever, and by such summary course and order as is agreeable to martial law, and as is used in armies in time of war, to proceed to the trial and condemnation of such offenders, and them to cause to be executed and put to death according to the law martial.

VIII. By pretext whereof some of your Majesty's subjects have been by some of the said commissioners put to death, when and where, if by the laws and statutes of the land they had deserved death, by the same laws and statutes also they might, and by no other ought to have been judged and executed.

IX. And also sundry grievous offenders, by colour thereof claiming an exemption, have escaped the punishments due to them by the laws and statutes of this your realm, by reason that divers of your officers and ministers of justice have unjustly refused or forbore to proceed against such offenders according to the same laws and statutes, upon pretence that the said offenders were punishable only by martial law, and by authority of such commissions as aforesaid: which commissions, and all other of like nature, are wholly and directly contrary to the said laws and statutes of this your realm.

They do therefore humbly pray your most excellent Majesty, That no man hereafter be compelled to make or yield any gift, loan, benevolence, tax, or such-like charge, without common consent by act of parliament; and that none be called to make answer, or take such oath, or to give attendance, or be confined, or otherwise molested or disquieted concerning the same, or for refusal thereof; and that no freeman, in any such manner as is before-mentioned, be imprisoned or detained; and that your Majesty would be pleased to remove the said soldiers and mariners, and that your people may not be so burthened in time to come; and that the aforesaid commissions, for proceeding by martial law, may be revoked and annulled; and that hereafter no commissions of like nature may issue forth to any person or persons whatsoever to be executed as aforesaid, lest by colour of them any of your Majesty's subjects be destroyed, or put to death contrary to the laws and franchise of the land.

All which they most humbly pray of your most excellent Majesty as their rights and liberties, according to the laws and statutes of this realm; and that your Majesty would also vouchsafe to declare, That the awards, doings and proceedings, to the prejudice of your people in any of the premisses, shall not be drawn hereafter into consequence or example; and that your Majesty would be also graciously pleased, for the further comfort and safety of your people, to declare your royal will and pleasure, That in the things aforesaid all your officers and ministers shall serve you according to the laws and statutes of this realm, as they tender the honour of your Majesty, and the prosperity of this kingdom.

*Qua quidem petitione lecta & plenius intellecta per dictum dominum regem taliter est responsum in pleno parlamento, viz. Soit droit fait come est desire.*

[Quelle: Liberty Library of Constitutional Classics]

Anmerkung: Das zweite Parlament wurde zu Westminster am Anfang des dritten Regierungsjahrs des Königs Karl I. gehalten, das vom 27. März 1627 bis zum 26. März 1628 währte. Die Genehmigung selbst erfolgte bereits am 7. Juni, also 1627 und nicht 1628, wie überwiegend angenommen wird.